Sie setzen sich für das Wohnkollektiv ein: Stefan Kaiser, Marisa Halter und Joël Morf. RAPHAEL SCHAEFER

«Labiu» soll nach 14 Jahren ausziehen

Biel 15 Menschen leben zurzeit im alten Gebäude neben dem Bieler Bahnhof. Ende Juni muss das Wohnkollektiv raus. Dort sei es zu gefährlich, so die Stadt. Doch das Kollektiv wehrt sich.

Hannah Frei

Dieses Haus hat eine Tür. Aber sie ist eigentlich mehr Dekoration. Willkommen ist jede und jeder, immer. Fragen gibt es keine. Auch vor der Kälte schützt die Tür wenig. Drinnen im Gang und in den Gemeinschaftsräumen ist es frisch. «Daran gewöhnt man sich. Und in den Zimmern ist es manchmal sogar fast zu warm», sagt Stefan Kaiser, während er die Treppe hochsteigt, durch ein Loch in der Wand in die andere Haushälfte geht, in einer der drei Küchen landet und sich an den Tisch setzt. Da könne man reden. Da sei es ruhig. In einer anderen Küche wird gerade gekocht. Wer dort alles am Herd stehe? «Da müsste ich überlegen. Wir haben immer wieder Besucher, von denen wir nicht wissen, wann sie wieder gehen.»

Das ist «Labiu». Ein Wohnkollektiv. Zurzeit leben 15 Menschen im Gebäude am Wydenauweg neben dem Bieler Bahnhof. Manche von ihnen wohnen dauerhaft dort, so wie Stefan Kaiser und Joël Morf. Sie sind auch auf Papier Mieter. Doch Ende Juni müssen alle dort raus. Die Kündigung kam Mitte Januar. Der Grund: Das Haus benötigt dringend eine Sanierung. Dort zu leben, sei nicht mehr sicher, so der Bericht der Brandschutzexperten, die das Gebäude genauer unter die Lupe genommen haben.

Doch «Labiu» will bleiben. Den Bewohnenden sei klar, dass es sich um eine Zwischennutzung handelt und sie irgendwann gehen müssen, sagt Kaiser. Weshalb die Kündigung jetzt erfolgte, könne das Kollektiv aber nicht nachvollziehen. «Wir wussten, dass wir wegen des Westasts hätten gehen müssen», sagt Kaiser. Doch der ist nun vom Tisch. Für den Unterhalt sind gemäss Vertrag die Mieterinnen und Mieter zuständig. Und man sei bereit, die Kosten für die Sanierung zu tragen. «Weshalb also sollten wir nun raus?», fragen sich Kaiser und Morf. Daher fordert das Kollektiv die Stadt Biel in einem offenen Brief an die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte dazu auf, mit ihm zu verhandeln. Das Anliegen wird von zahlreichen Institutionen, unter anderem der Reitschule Bern, sowie sämtlichen linken Fraktionen im Stadtrat unterstützt.

Kanton ist Besitzer

Die Zuständigkeiten für dieses Gebäude sind etwas kompliziert: Dem Kanton gehört es, die Stadt Biel ist Mieterin und sieben Personen aus dem Kollektiv sind Untermieterinnen und Untermieter. Und der Weg zu diesem Zwischennutzungsvertrag war steinig (siehe Infobox). Seit 2008 gibt es nun diesen Untermietvertrag. Die Stadt Biel gilt als Vermittlerin zwischen dem Kanton und den Bewohnenden. Ein Mandat dafür hat sie an die Bieler Anwaltskanzlei Fellmann & Kunz vergeben. Vermittelt worden sei aber seit letztem Frühling nicht mehr, sagt Kaiser.

Als im Winter vor einem Jahr Experten das Haus im Auftrag des Kantons begutachteten, hatten die «Labiu»-Mitglieder bereits ein ungutes Gefühl. Also haben sie bei der Stadt nachgefragt und ihre Mithilfe angeboten. «Mehrfach», sagt Kaiser. Erfahren habe man aber nichts – bis zur Kündigung. Darauf habe das Kollektiv sofort reagiert, eine weitere Expertise in Auftrag gegeben, die Kündigung angefochten sowie für den offenen Brief an die Stadt die Hilfe von Stadträtin Marisa Halter (PdA) und Juso-Mitglied Lea Daum gesucht. An der Schlichtungsverhandlung seien die Stadtvertreter allerdings zu keinem Vergleich bereit gewesen, so Halter.

Die Offerte, welche die Stadt für das Sanierungsprojekt einholte, beträgt über 350 000 Franken. Das Kollektiv holte eine Gegenofferte ein, mit einer deutlich tieferen Summe: 45 000 Franken. Beides seien jedoch grobe Schätzungen, sagt Kaiser. Die effektive Summe liege wohl irgendwo dazwischen. Doch die Stadt sei nicht bereit für weitere Verhandlungen. «Plötzlich werden wir vom Unterhalt ausgeschlossen und bekommen keine Akteneinsicht. Und niemand weiss, wieso.» Nun werde es so dargestellt, als hätte sich das Kollektiv nicht um den Unterhalt bemüht. «Dabei wollten wir das, konnten es aber nicht.» Die benötigte Summe würde das Kollektiv mittels Crowdfunding, Benefiz-Aktionen und eigenen Mitteln zusammenbringen, sind die Mitglieder überzeugt. Dafür seien auch bereits erste Schritte eingeleitet worden, sagt Marisa Halter.

Vom Vorgehen ist sie empört. Wenn vertraglich festgehalten ist, dass die Stadt Biel eine Vermittlerinnenrolle einnehmen muss, sei es ein No-Go, dass monatelang nicht kommuniziert werde und schliesslich die Kündigung erfolge. «Es ist nicht das Kollektiv, das sich nicht an Vereinbarungen gehalten hat, sondern die andere Seite», sagt sie.

Nicht nur ein Zuhause

Doch weshalb sollte ein solch marodes Gebäude mitten in der Stadt überhaupt weiterhin erhalten werden? «Das ‹Labiu› ist für mich etwas Einzigartiges. Es ist ein offenes Haus, in dem jede und jeder willkommen ist», sagt Halter. Hier finde man ein Bett, etwas zu essen, zu trinken und Menschen, die mit einem reden. Und das werde gebraucht. «Es wird immer wichtiger, dass sich die Gesellschaft öffnet und man nicht nur sein eigenes Gärtchen pflegt, sondern etwas grösser denkt.»

Auch für Joël Morf und Stefan Kaiser ist das Gebäude mehr als ein Zuhause. Es werden Feste gefeiert, im Garten wird gearbeitet und donnerstags gibt es jeweils ein «Bistro», in dem man für wenig Geld gut essen kann. Zudem gibt es im Haus einen gratis Secondhand-Laden.

Ein Umzug sei am Ende vielleicht auch eine Lösung, sagt Kaiser. Doch dafür gebe es aktuell noch keinen Grund. Ans Gehen denkt er nicht. «Ich habe immer noch Hoffnung, dass wir bleiben können.»

Auch Morf hat noch keinen Plan für die Zeit danach. Ein Teil der Bewohnenden müsse wohl erst einmal beim Sozialdienst anklopfen, falls sie ihr Zuhause verlieren würden. Die Miete für das Haus und die Nebenkosten würden ein Bruchteil von dem betragen, was andere in Biel fürs Wohnen bezahlen. «Aber wir hoffen, dass wir gemeinsam mit der Stadt eine Lösung finden», sagt Morf.

Stadt will nicht bezahlen

Für die Stadt Biel sei der Fall jedoch klar, sagt der zuständige Anwalt und Vermittler Lorenz Fellmann. Als im letzten April der Bericht der Brandschutzbehörde und die Offerten für die Sanierung vorlagen, habe die Stadt entschieden, den Mietvertrag nicht weiter aufrecht zu erhalten. Weder die Stadt noch der Kanton seien bereit, weiterhin in das Gebäude zu investieren. Und ohne Sanierung sei es für die Bewohnenden zu gefährlich. Die Stadt sei folglich gezwungen, zu handeln. Schliesslich würde sie haften, sollte es zu einem Unfall oder einem Brand kommen.

Fellmann räumt ein, dass er und somit die Stadt Biel seit letztem Frühling nicht mehr mit den Bewohnenden kommuniziert habe. Dies, weil intern noch vieles unklar gewesen sei und man nicht voreilig habe informieren wollen.

Gibt es für «Labiu» also gar keine Hoffnung mehr? «An diesem Standort wohl nicht», sagt Fellmann. Auch wenn das Wohnkollektiv das für die Sanierung benötigte Geld zusammenbringen könnte, würde sich die Stadt rausnehmen. «Grundsätzlich ist die Stadt Biel gegenüber einem solchen Projekt weiterhin positiv eingestellt.» Aber nun sei sie nicht mehr bereit, weiter Geld in dieses marode Gebäude zu investieren. Fellmann geht davon aus, dass der Kanton ebenfalls nicht mehr Hand bieten würde.

Für die Parzelle hat der Kanton bereits einen Plan: Sie soll künftig für die Standortkonzentration der Bieler Gymnasien genutzt werden, schreibt der Kantonsbaumeister Lorenz Held auf Anfrage. Zu den konkreten Absichten des Kantons gebe es zurzeit nicht mehr zu sagen.

Wie «Labiu» entstand

Die beiden Häuser im Gebäude am Wydenauweg neben dem Bieler Bahnhof wurden **2007 von Punk-Alternativen** besetzt. Ein Jahr zuvor hat der Kanton Bern das Haus für den **Bau des Westasts** gekauft. Die beiden Häuser waren bereits damals in einem maroden Zustand, weshalb der Kanton diese abreissen lassen wollte, um die Fläche für **temporäre Parkplätze** zu nutzen. Die Bewohnenden wehrten sich, schlossen sich zum Verein Wydenauweg zusammen, woraus später das Wohnkollektiv Labiu wurde. Nach zahlreichen Verhandlungen zwischen der Stadt, dem Kanton, einem Mediator und den Bewohnenden, entstand **2008 ein Mietvertrag** zwischen dem Kanton und der Stadt sowie ein Zwischennutzungsvertrag zwischen der Stadt und den Bewohnenden. *haf*